

Ungewollter Lehrernachwuchs

REFERENDARIAT

Bayern streicht
Lehrerstellen.
JunglehrerInnen
bekommen Absagen
oder Zeitverträge.
An Ausreise
in östliche
Bundesländer,
die Lehrer suchen,
denken sie jedoch
nicht

AUS MÜNCHEN
LAURA GOUDKAMP

Samstagnachmittag in München: Begleitet von den ersten warmen Sonnenstrahlen des Frühlings bahnt sich ein Strom von Demonstrierenden einen Weg vom Maxmonument, hinter dem sich der bayerische Landtag erhebt, zum Kultusministerium am Odeonsplatz. Unter den rund 600 Protestierenden sind vor allem Referendare. Die Lehramtsanwärter sind wütend.

Anfang Januar war bekannt geworden, dass von den 800 Referendaren, die dieses Jahr in Bayern mit ihrer Ausbildung fertig geworden sind, nur rund 170 eine feste Stelle an einer Schule bekommen. Für viele ein Schock.

Unter den Demonstranten ist auch der 27-jährige Markus Pilster, der die Aktion „Bewegung in Bildung“ über eine Facebook-Gruppe mit initiiert hat. Er hat Englisch und Geschichte für das

Lehramt am Gymnasium studiert und machte sich bei einem Schnitt von 1,6 durchaus Hoffnung auf eine Festanstellung beim Staat. „Als ich mein Studium begann, waren die Aussichten gut. Lehrer brauche man immer, hieß es. Mit dem Wissen im Hinterkopf habe ich dann guten Gewissens studiert.“ Nach sechs Jahren Studium kassiert der Junglehrer jetzt aber eine Absage nach der anderen.

Die Situation zeichnete sich ab

Die Kinderzahl sinkt – in Bayern und bundesweit. Den Bevölkerungsprognosen des Statistischen Bundesamts zufolge werden 2020 bundesweit eine Million Schüler weniger zur Schule gehen als 2006.

Die Konferenz der Kultusminister warnt vor einer Lehrerschwemme: Bis 2020 wird es 10.050 Lehrer geben, die über Bedarf ausgebildet wurden. Nur in

den sogenannten MINT-Fächern, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik, haben Lehramtsanwärter noch gute Aussichten. Und in den neuen Bundesländern: Die haben bereits Ende der 90er Jahre Schulen geschlossen und Stellen abgebaut und finden nun nicht mehr genügend Nachwuchspädagogen.

Im bayerischen Kultusministerium versteht man die Entrüstung der Demonstrierenden vor der eigenen Haustür daher nicht. Das Ministerium veröffentlichte jedes Jahr, wie viele Lehrer in den verschiedenen Schularten und Fächerkombinationen voraussichtlich gebraucht werden. „Bei Fächerkombinationen mit Sprachen war schon lange bekannt, dass der Bedarf mittel- und langfristig zurückgehen wird“, sagt Pressesprecher Henning Gießen.

Besonders schwierig ist der Berufseinstieg in Bayern zurzeit für angehende Lehrkräfte für

Gymnasium und Realschule. Junglehrer hangeln sich jetzt von Zeitvertrag zu Zeitvertrag, unterrichten fachfremd und an Schulen, für die sie gar nicht ausgebildet sind. Der 28-jährige Daniel Schindler hat Deutsch und Sozialkunde auf Realschullehramt studiert und arbeitet zurzeit an einer Grund- und Hauptschule für Hörgeschädigte. Sein Vertrag endet mit Beginn der Sommerferien und er muss sich, wie viele andere ehemalige Kommilitonen, für die Ferienzeit arbeitslos melden. Zum neuen Schuljahr

„30 Schüler oder mehr
sind immer noch
die Regel“

DANIEL SCHINDLER,
LEHRAMTSANWÄRTER

unterschreibt er den nächsten Vertrag – an derselben Schule.

Die Pädagogen werfen dem Freistaat vor, statt auf ausgebildete Lehrer bewusst auf Referendare und Lehrkräfte mit Zeitverträgen zu setzen, um Geld einzusparen.

Referendare wie Pilster und Schindler berichten aus ihrem Schulalltag, dass die Schulen die maximal erlaubte Unterrichtszeit von 17 Stunden im Referendariat von Anfang an einkalkulieren. Damit unterrichten Referendare fast so viel wie Vollzeitlehrer.

Mehr Lehrer für kleinere Klassen

Die versammelte Menge vor dem Kultusministerium in München ist sich einig: In Bayern herrscht eigentlich Lehrermangel. Man müsste mehr Lehrer einstellen, um die Klassen zu verkleinern, so die Forderung der Lehramtsanwärter. „30 Schüler oder mehr sind immer noch die Regel“, meint Schindler. Wie er bezweifeln viele der aufgebrachtsten LehrerInnen, dass Bayern seine ehrgeizigen Ziele verwirklichen kann, die Ganztagschulen auszubauen und den gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder flächendeckend zu ermöglichen.

Bayern habe bereits massiv in Bildung investiert, meint dagegen Ministeriumssprecher Gießen. Zwischen 2008 und 2013 seien über 5.000 neue Lehrerstellen in allen Schularten geschaffen worden. „Berichte über Unterrichtsausfälle, die sich in der Winterzeit aufgrund von vermehrten Krankheitsfällen häufen können, verzerren vielleicht etwas den Blick.“

Um die Situation der Referendare zu entschärfen, überlegt das Kultusministerium nun, den Zugang zum Referendariat, wie in anderen Bundesländern üblich, zu beschränken.

Die Empfehlung des Ministeriums, in andere Bundesländer abzuwandern, kommt bei den bayerischen Referendaren nicht gut an. Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg haben gerade bundesweit Stellenanzeigen geschaltet, auch in Berlin ist der Lehrermangel leergefegt. „Dass da keiner hin will, hat schon seinen Grund“, meint Schindler sarkastisch. Die Berliner Schüler gelten als schwierig und die Bezahlung in den neuen Bundesländern sei bei Weitem nicht so gut wie im Freistaat.



Hier haben Lehrer doppelt gute Aussichten: als Chemielehrer in Sachsen Foto: Sven Doering/Agentur Focus

Hilferuf aus den Schweizer Bergen

ERASMUS Deutschlands wichtigstes Partnerland beim Studentenaustausch ist ab Herbst kein Partner mehr. Die EU hat die Schweiz von Erasmus und vom gemeinsamen Forschungsprogramm ausgeschlossen. Schweizer Wissenschaftler schlagen Alarm

„Das ist eine Katastrophe für uns.“ Antoinette Charon Wauters' Antwort kommt ohne Zögern. Sie leitet die Abteilung für Internationale Beziehungen der Universität Lausanne, welche unter anderem die Auslandsaufenthalte der Studierenden koordiniert. Die Universität pflegt einen regen Austausch mit ihren europäischen Nachbarn und ist umgekehrt die beliebteste Schweizer Uni bei deutschen Austauschstudenten.

Doch damit ist es ab Herbst zunächst vorbei. Die Europäische Union hat die Schweiz Ende Februar vom europäischen Austauschprogramm Erasmus plus sowie dem milliardenschweren EU-Forschungsprogramm Horizon 2020 bis auf Weiteres ausgeschlossen.

Damit reagierte die EU auf den erfolgreichen Schweizer

Volksentscheid zur Masseneinwanderung am 9. Februar. Dieser verstoße gegen Prinzipien des freien Personenverkehrs, das Erasmus-Programm baue aber unmittelbar auf diesem Prinzip auf – nämlich dem freien Austausch von Forschern und Studierenden.

Im Rahmen von Erasmus plus vergibt die EU jährlich Stipendien an über 2 Millionen Studierende, 650.000 Auszubildende und 500.000 Jugendliche.

„Der Ausschluss der Schweiz ist auch für Deutschland sehr schmerzhaft“, sagt der Verantwortliche für EU-Hochschulzusammenarbeit des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), Siegbert Wuttig. „Die Schweiz ist unser Partnerland Nummer eins.“

Dem DAAD zufolge kamen im Studienjahr 2011/12 fast 600 Stu-

dierende aus der Schweiz nach Deutschland, doppelt so viele Deutsche studierten in der Schweiz.

Noch kein Plan B

„Den Studierenden, die jetzt rausgehen, haben wir gesagt, füllt die Bewerbungen aus wie sonst. Aber wir haben noch keinen Plan B“, sagt Charon Wauters von der Universität Lausanne. Es geht nicht nur ums Geld. Rund 800.000 Euro müsste die Universität aufbringen, um die weggefallenen Erasmus-Stipendien und die Betreuung der Austauschstudenten zu kompensieren. Mit jeder einzelnen Partneruni müssen zudem bilaterale Verträge geschlossen werden.

An der Universität Zürich arbeitet man bereits an dieser Alternative, sagt der Beauftragte für internationale Angelegen-

heiten, Daniel Wylon. Bis zum Herbst sollen 400 Verträge mit Partneruniversitäten abgeschlossen sein.

Ein zeitraubendes Unterfangen, welches die Schweizer allerdings schon kennen. Von 1995 bis 2010 war das Land nicht am Erasmus-Programm beteiligt.

Für die Studenten mögen sich Alternativen finden lassen – schmerzhafter ist der Bruch mit der EU allerdings für die Wissenschaftler, die an Schweizer Hochschulen forschen. Sie können sich nicht mehr um die renommierten EU-Forschungsstipendien bewerben. Das betrifft nicht nur Schweizer – in den Naturwissenschaften kommt über die Hälfte der Forscher an den Unis aus dem Ausland.

Wissenschaftler der Universitäten Bern und Basel haben deshalb im Internet eine Petition ge-

startet, in der sie die Spitzenpolitiker der EU und der Schweiz auffordern, das Abkommen zum Forschungsprogramm Horizon doch noch zu unterzeichnen.

Auch die Hochschulrektorenkonferenz in Deutschland appellierte in der vergangenen Woche an die EU, mit der Schweiz wieder über die Teilnahme am Studenten- und Forschungsaustausch zu verhandeln. Ein Boykott würde der engen wissenschaftlichen Zusammenarbeit in Europa unnötigen Schaden zufügen, schreiben die RektorInnen.

Für Wissenschaftler und Studierende sei eine isolierte Schweiz nicht sehr attraktiv, meint auch Charon Wauters. Dennoch könne sie verstehen, dass die EU sauer sei: „Die Schweizer wollen immer nur die Rosinen, aber nicht den Kuchen.“

ANNA LEHMANN